Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 15 Pfg. Alle Postanstalten, Briefträger und Geschäftsstellen nehmen Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 6gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im örtlichen Teile 200 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 301. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Mittwoch 30. Dezember 1925

Quo vadis.

Wie den einzelnen Menschen beim Ueberschreiten einer neuen Zeitschwelle allerlei ernste und bange Fragen bewegen, so ist's auch im Volk als Ganzem. Das deutsche Volk wird sich beim Grüßen des neuen Jahres viele sehr ernste und bange Fragen vorlegen. Da wird z. B. kaum jemand sein, der nicht fragen wird: „Wie lange dauert es noch mit der furchtbaren Wirtschaftsnot? Ist ein Ende schon abzusehen oder — geht's vielleicht erst richtig los?" So oder so; das eine wird allmählich wohl jeder merken, daß wir ein sehr armes Volk geworden sind. Wird diese Erkenntnis Allgemeingut des Volkes, dann ist das außerordentlich wertvoll, weil dann am ehesten der Weg beschritten wird, der wieder aufwärts führt. Erst, wenn die Volkswirtschaft wirklich wieder gedeiht und die durch gleißende Scheinblüten hervorgerufene Selbsttäuschung aufhört, dann wird auch bald der einzelne es merken, daß es mit seiner Wirtschaft wieder vorwärts geht. Zur Zeit ist freilich die Hoffnung auf Ueberwindung der jetzigen Krisis und die Anbahnung eines neuen Aufstiegs kaum mehr als eben eine schöne Hoffnung. Denn es hängt alles davon ab, ob dem deutschen Volk von seinen Gegnern, denen es tributpflichtig ist, Atem zum Leben gelassen wird. Da taucht denn sofort die andere ernste Frage auf, nämlich: Wird „Locarno" halten, was wir uns davon versprechen? Dies Vertragswerk ist ja deutscherseits mit ungemein vielen Hoffnungs- und Friedensreden begleitet worden — nicht auch von den Partnern, insbesondere nicht den Franzosen. So werden viele ängstlich besorgt sein, ob nicht am Ende abermals bloß neue Lasten statt Entlastungen sich einstellen und der „Geist von Locarno" nicht schließlich ein grimmiges Antlitz zeigen wird. Bisher stimmen die Worte zum Locarno-Werk durchaus nicht mit den Taten überein. Jedenfalls ist es gut, erst recht nüchtern und vorsichtig abzuwarten, welche weitere Entwicklung die Lage des deutschen Volkes einschlagen wird. Zum Loben und Verherrlichen ist noch immer Zeit. Noch viele andere ernste, schwerwiegendste Fragen um das Schicksal des deutschen Volkes drängen sich dem denkenden Menschen auf. Nicht auch zuletzt solche der Kultur, deren Gedeih oder Verderb aufs engste mit wirtschaftlichem Gedeihen oder Verderben verknüpft ist. Quo vadis? Wohin gehen wir? Mehr noch denn sonst taucht diese Frage auf. Möge ein gütiges Geschick schließlich alles zum Besten wenden! W.

Deutschland und der Völkerbund.

Keine ständigen Vertreter in Genf.

In der Öffentlichkeit hat in der letzten Zeit ein lebhafter Meinungsaustausch darüber eingesetzt, wer als ständiger Vertreter Deutschlands beim Völkerbund ernannt werden wird, sobald der Eintritt Deutschlands in den Bund vollzogen sein wird. Vielfach wurde hierfür schon Staatssekretär a. D. Kühlmann genannt. Die vom Außenminister Dr. Stresemann inspirierte Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz meldet hierzu, daß Deutschland sein Zulassungsgesuch noch nicht eingebracht habe und Personalfragen bisher noch nicht erörtert worden seien.

Wie weiter bekannt wird, beabsichtigt die Reichsregierung, es mit ihrer Vertretung im Völkerbund genau so zu halten wie die anderen Großmächte, d. h. keine ständigen, führenden Vertreter in Genf zu unterhalten, sondern von Fall zu Fall, genau wie das auch die anderen Mächte tun, sich entweder durch den Reichsaußenminister oder durch beauftragte Delegierte vertreten zu lassen, die z. B. je nach Lage der einzelnen Aufgaben, auch aus dem Bereich der jeweils Sachverständigen oder der ständigen Ressortvertreter innerhalb der Reichs- und Länderregierungen entnommen werden können.

Gegen das Versailler Schuldbekenntnis.

Eine amerikanische Stimme.

Bei Besprechungen der vor kurzem veröffentlichten Petition an das englische Parlament, worin die Streichung der Artikel 231 und 227 des Versailler Vertrages gefordert wird, schreibt die amerikanische Zeitung „World": Diese Forderung beruht auf Erwägungen, die für die Zukunft sehr klug und gegenüber der Vergangenheit und der historischen Forschung sehr angemessen erscheinen. Sie will mit der im Kriege zu Tode gehetzten Behauptung aufräumen, daß Deutschland für den Ausbruch des Krieges allein verantwortlich ist oder allein gegen die Heiligkeit der Verträge verstoßen hat. Wenn Deutschland sich dazu verstehen könnte, bei einer Streichung der Artikel 231 und 227 den Dawes-Plan nicht als hinfällig zu betrachten, so könnte die Anpassung des Versailler Vertrages an die geschichtliche Wirklichkeit weiter gefördert werden.

Die Gärung in China.

Eine neue Verfassung?

In den letzten Tagen haben die Nachrichten aus dem Riesenreiche im Fernen Osten wieder bedrohliches Aussehen angenommen. Von großen Schlachten ist die Rede, von kommunistischen Erhebungen und Terror in der Hauptstadt Peking. Nun kam die Meldung von einer Art neuer Verfassung, die in Peking dekretiert worden sei. Sie lautet:

Die Regierung hat neue Anordnungen getroffen, durch welche die Bestimmungen über die Befugnisse der vorläufigen Regierung abgeändert werden und bestimmt wird, daß das Kabinett von nun an dem Volke verantwortlich sein und alle Reformen gemäß den Wünschen des Volkes durchführen soll. Zum Ministerpräsidenten ist Hsuschihying ernannt worden.

Das wäre also eine rein demokratische Form, die an die Stelle des bisherigen Zustandes getreten sei. Aber sofort erhebt sich die Frage, welche Regierung denn diese Anordnungen erlassen hat. In Peking steht als militärischer Gebieter zurzeit der sogenannte „christliche" General Feng, einer der verschiedenen Machthaber, die das seit dem Sturze der alten Dynastie direktionslose Land durchziehen und mit ihrer Soldateska Schrecken anrichten. Feng scheint bald für, bald gegen den mächtigen Mann in der Mandschurei, Tschangtsolin, zu kämpfen. Neben diesen beiden betrachten sich einige Generale als berechtigt, Krieg zu führen und natürlich auch Brandschatzungen auszuführen, man weiß nicht recht, ob zu eigenem persönlichen Vorteil, aus Machthunger oder um irgendeiner Idee zu dienen. Einer von ihnen, Kuosungliu, soll ja bei einer Niederlage Tschangtsolin in die Fänste gefallen sein, der ihn nebst der Gattin grausam abschlachten ließ. Tschangtsolin, der kürzlich geschlagen wurde, dünkt sich wieder groß. Der General läßt seinen Sieg und gleichzeitig die Geburt eines Sohnes feiern. Man schreibt den Sieg vor allem seiner guten Kavallerie und seinen Fliegern zu. Man spricht von heimlicher Unterstützung durch die Japaner.

*

Blutige Kämpfe bei Tientsin.

Feng, der „christliche" Heerführer, der Peking besetzt hält und angeblich gute Fäden zu Sowjetrußland in der Hand hat, eroberte vor einigen Tagen bekanntlich Tientsin. Es soll dabei blutig hergegangen sein. Nach einer Meldung haben die Kämpfe bei Tientsin beiden Seiten etwa 20 000 Mann gekostet, wovon etwa die Hälfte tot sein soll. Es wird berichtet, daß sich Lintschingliu, der Gouverneur der Tschiliprovinz, mit 40 000 Mann und seiner gesamten Artillerie nach dem Süden in guter Ordnung zurückgezogen habe. Jedenfalls gewinnt man keineswegs den Eindruck, daß es nun nach entscheidender Niederlage zweier der sich bekämpfenden Generale zu einer Beendigung des chinesischen Bürgerkrieges kommen würde, vielmehr liegen schon jetzt Anzeichen dafür vor, daß die großen Entscheidungsschlachten noch zu schlagen sind. Der General Wupeifu soll in Zentralchina bereits eine außerordentlich starke Armee zusammengezogen haben. Die Dinge in China erinnern allmählich etwas an den Dreißigjährigen Krieg in Deutschland, bei dem bald der eine Truppenführer gegen den anderen marschierte, bald mit ihm vereint über einen Dritten herfiel, wo Bündnisse ebenso leicht geschlossen wie gebrochen wurden.

*

Die Mächte und China.

In welcher Weise die chinesische Entwicklung von den ausländischen Mächten beeinflußt wird, dürfte man wohl erst später deutlicher erkennen. Bald ist die Rede von einem Eingreifen Englands, Japans, Rußlands oder Amerikas, bald wird jede Interventionsabsicht geleugnet. Daß Japan sich angelegentlich um Tschangtsolin in der Mandschurei kümmert, dürfte kaum geleugnet werden, für Rußlands Wachsein sprechen schon die in China stark lautwerdenden bolschewistischen Theorien.

Die beiden angelsächsischen Großstaaten sind von jeher interessiert, ihre Kapitalien wirken in China und ihre Schiffe schwärmen unablässig in der Nähe der Ereignisse. Schwarzsehende Propheten verkünden es oft genug, daß die Raufhändel der chinesischen Generale leicht den Auftakt zum neuen Weltkrieg bilden könnten.

Peking ist, wie aus Tokio berichtet wird, völlig isoliert. Es heißt, daß sich Amerika, Japan, Frankreich und Italien entschlossen haben, noch vor Ende des Jahres in China zu intervenieren. Ein starkes amerikanisches Truppenaufgebot soll von den Philippinen aus schon nach China unterwegs sein. Sechs amerikanische Zerstörer wurden zum Schutz der in China lebenden Amerikaner nach der chinesischen Küste geschickt.

Stürme und Hochwasser.

In Frankreich und Spanien.

Nach vorübergehender Windstille sind neue Stürme über Frankreich ausgebrochen. Die telegraphischen und telephonischen Verbindungen mit dem Ausland sind zum Teil wieder unterbrochen. Die Windstöße sind von heftigen Regengüssen begleitet. Aus der Provinz werden Überschwemmungen gemeldet. In Chalons stehen die Erdgeschosse der Häuser unter Wasser. Bei Belfort sind ganze Ebenen überschwemmt. Bei Aix-les-Bains ist ein hundert Meter langer Damm eingestürzt. Der Verkehr ist unterbrochen. In Paris selbst werden umfangreiche Vorsichtsmaßnahmen getroffen, weil man befürchtet, daß die Seine über die Ufer treten wird. Bei La Rochelle sind mehrere Fischerboote im Sturm gekentert, wobei sieben Personen ertranken.

Die durch das Übertreten des Guadalquivirs verursachte Überschwemmung nimmt für Sevilla gefährlichen Charakter an. Der Stadtteil Triana steht vollkommen unter Wasser, so daß die Bewohner ihre Häuser nur in Booten verlassen können. In Sanlucar und anderen Städten am Guadalquivir sind dem Hochwasser mehrere Personen zum Opfer gefallen. Auch aus Marokko werden große Überschwemmungen gemeldet.

Hochwassergefahren in Deutschland.

Berlin. Mit dem Einsetzen des Tauwetters und der damit verbundenen Schneeschmelze führen, nach hier eingetroffenen Nachrichten, die Gebirgsbäche den Flüssen so große Wassermengen zu, daß es an vielen Stellen zu Überschwemmungen gekommen und die Gefahr von Hochwasserkatastrophen in deutschen und außerdeutschen Gebieten sehr nahegerückt ist. Rhein, Main und deren Nebenflüsse sind ständig im Steigen begriffen, so daß der Hochwasserdienst eröffnet werden mußte. Der Main ist in seinem Oberlauf bereits stark über die Ufer getreten, ebenso sein Nebenfluß, die Kinzig, die bei Wertheim meilenweit Gebiet überschwemmt hat.

Überschwemmungen in Ungarn.

Das Hochwasser der drei Körösflüsse verursachte im Komitat Bekes große Schäden. Es sind etwa 80 000 Joch Ackerland überschwemmt. Die Gefahr ist besonders in der Gemeinde Veszhö groß, wo sämtliche arbeitsfähigen Männer zu Rettungsarbeiten beordert wurden. Außer der Bevölkerung hat auch eine Kompagnie Pioniere mit Pontons und Kähnen an den Rettungsarbeiten zur Bergung von Menschen und ihrem wertvollsten Hab und Gut teilgenommen. Zur Ableitung des ständig anschwellenden Hochwassers wurden die Dämme der sogenannten „toten Körös" durchbrochen. Die Gleise der Staatsbahn stehen unter Wasser, so daß der Eisenbahnverkehr eingestellt werden mußte.

Lawinenunglück an der Zugspitze.

Drei Tote, mehrere Verletzte.

Beim Aufstieg zur Zugspitze ist am Schneeferner eine aus neun Skifahrern bestehende Partie durch eine Lawine verschüttet worden. Drei Münchener sind tot, die übrigen sind zum Teil in verletztem Zustand in der Knorrhütte untergebracht. Von Partenkirchen ist eine aus Bergführern zusammengestellte Rettungsexpedition zur Unfallstelle abgegangen.

Zwei weitere Lawinenunfälle ereigneten sich im Gebiet der Alpspitze. Während sich die eine Partie aus der Lawine herausarbeiten konnte, wurde von der anderen Gruppe ein 25 Jahre alter Angestellter aus München verschüttet. Die Leiche wurde gefunden. Die Lawinengefahr im Gebirge besteht unvermindert fort. Nach einer Meldung aus Schladming verschüttete eine Schneelawine unterhalb Giglachseehütte vier Wiener Touristen. Einer wurde gerettet; die drei anderen, darunter eine Frau, müssen als verloren gelten.

Abd-el-Krims Friedensbemühungen.

Völlige Unterwerfung gefordert.

Wie Havas aus Madrid berichtet, hat die spanische Regierung zu der Mission des englischen Kapitäns Canning in einer Verlautbarung Stellung genommen, in der betont wird, daß sie die Mission des Abgesandten Abd-el-Krims nicht ernst nehme, zumal der Riffführer außer anderen Vorteilen für die Aufständischen noch die Abtretung von Gebietsteilen verlangt, die Frankreich und Spanien unter großen Anstrengungen zur Sicherung des Friedens besetzen mußten. Frankreich und Spanien werden, so heißt es am Schluß der Veröffentlichung, nur Bedingungen annehmen, die ihrer Lage als Sieger entsprechen.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF